

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke,  
Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/1329 –**

### **Einrichtung einer Nelson-Mandela-Stiftungsprofessur für Friedenspolitik und Völkerrecht**

#### **A. Problem**

Zur Würdigung der Verdienste des am 5. Dezember 2013 verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Nelson Mandela durch den Deutschen Bundestag soll eine Stiftungsprofessur für Friedenspolitik und Völkerrecht an einer deutschen Universität eingerichtet werden.

#### **B. Lösung**

Die Antragsteller fordern die Einrichtung einer Nelson-Mandela-Stiftungsprofessur für Friedenspolitik und Völkerrecht an einer Universität im Bundesgebiet.

Die Bundesregierung solle in Gesprächen mit Hochschulen im Bundesgebiet sondieren, welche Universität bereit und in der Lage ist, mit finanzieller Unterstützung des Bundes die Einrichtung einer Nelson-Mandela-Stiftungsprofessur für Friedenspolitik und Völkerrecht in die Wege zu leiten sowie Vorkehrungen zu treffen, um sicherzustellen, dass in die zur Einrichtung dieser Stiftungsprofessur zu schließenden Verträge Transparenzregelungen aufgenommen werden, mit denen u. a. bestimmt wird, dass alle vertraglichen Vereinbarungen zur Errichtung der Professur offengelegt werden und dass sowohl bei der Berufung von Lehrstuhlinhaberinnen und Lehrstuhlinhabern als auch bei der inhaltlichen Ausrichtung der Professur umfassende Transparenz gewährleistet wird, um Einflussnahmen des Bundes auf die personelle oder inhaltliche Ausrichtung der Stiftungsprofessur zu verhindern und die Freiheit von Forschung und Lehre zu garantieren.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/1329 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2014

## **Der Verteidigungsausschuss**

**Dr. Hans-Peter Bartels**

Vorsitzender

**Florian Hahn**

Berichterstatter

**Dr. Fritz Felgentreu**

Berichterstatter

**Dr. Alexander S. Neu**

Berichterstatter

**Agnieszka Brugger**

Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Florian Hahn, Dr. Fritz Felgentreu, Dr. Alexander S. Neu und Agnieszka Brugger

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/1329** in seiner 33. Sitzung am 8. Mai 2014 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller betonen, Nelson Mandela habe sich schon als junger Mann gegen das rassistische Apartheidssystem in Südafrika, gegen Unterdrückung und soziale Ungleichheit engagiert. Er habe für seinen Freiheitskampf mit einer fast drei Jahrzehnte andauernden Inhaftierung bezahlt. Der Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela stünde für eine Politik der Versöhnung. Diese Verdienste müssten auch durch den Deutschen Bundestag eine Würdigung erfahren.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 15. Sitzung am 22. Mai 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 10. Sitzung am 4. Juni 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat seine Beratungen in seiner 14. Sitzung am 4. Juni 2014 aufgenommen und abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 4. Juni 2014

**Florian Hahn**  
Berichtersteller

**Dr. Fritz Felgentreu**  
Berichtersteller

**Dr. Alexander S. Neu**  
Berichtersteller

**Agnieszka Brugger**  
Berichtersterterin